

# LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
195 · Ausgabe AG · Juli 2021

SP

## Keine AHV-Reform auf Kosten der Frauen!

Es ist schockierend: Frauen erhalten durchschnittlich ein Drittel weniger Rente als Männer. Jede vierte Frau hat keine zweite Säule, jede zehnte Frau bezieht mit Eintritt ins Rentenalter Ergänzungsleistungen, weil ihre Rente zum Leben nicht ausreicht. Der Grund für die tieferen Altersrenten: Frauen arbeiten mehr Teilzeit, leisten viel Freiwilligenarbeit und verdienen für die gleiche Arbeit oft weniger. Zudem arbeiten sie überproportional in Branchen, in denen die Löhne besonders tief sind – beispielsweise in der Gastronomie oder im Verkauf. Frauen müssen doppelt so häufig wie Männer mit einem Tieflohn durchkommen. Die Erwerbssituation wirkt sich direkt auf die Altersvorsorge aus. Und dies, obwohl es vor allem die Frauen sind, die die unbezahlte Care-Arbeit wie Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen übernehmen. Ohne diese Arbeit, die einen Wert von 248 Milliarden Franken pro Jahr hat, würde unsere Gesellschaft gar nicht funktionieren.

Diese Ungleichheit wird mit der laufenden Rentenreform noch verstärkt. Statt die Rentensituation der Frauen zu verbessern, beschloss eine Mehrheit im Nationalrat in der Sommersession, das Frauenrentenalter auf 65 anzuheben. Dagegen werden wir auf die Barrikaden steigen – das Referendum hat die SP Schweiz bereits angekündigt. Wir brauchen eine Stärkung der AHV, keinen Rentenabbau!



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin und Präsidentin der SP Aargau.

STRUKTURREFORM

# Aufbruch!



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Präsident der SP Bezirk Bremgarten, Co-Präsident der SP Aargau, Migrant\*innen und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Unter diesem Aufruf trat im letzten Jahr das neue Parteipräsidium der SP Schweiz, Mattea Meyer und Cédric Wermuth, an. Ende März 2021 lag allen Sektionen und Bezirken ein Diskussionspapier vor. Seither ruht der Ball bei uns Mitgliedern.

### Ziele und Hintergründe

Die SP sind wir alle. Alle gemeinsam! Unsere wichtigste Ressource sind unsere Mitglieder, und diese gilt es besser in die politische Arbeit zu integrieren und effektiver zu vernetzen. Die Distanz zwischen der Parteileitung und der Basis, regional wie auch national, soll geringer werden. Es geht darum, die Basis stärker einzubin-

den und die Vielfalt unserer Sozialdemokratie besser darzustellen. Mehr innerparteiliche Demokratie durch mehr Mitwirkungsmöglichkeiten ist ein wichtiges Ziel. Nach aussen wiederum sollen wir schlagkräftiger, durchsetzungsfähiger und so erfolgreicher werden.

### Erneuerung durch Veränderung

Die neuen Strukturen sollen für Klarheit sorgen und die Kompetenzverteilung transparent regeln. Hierfür sind drei neue Gefässe angedacht: Die bisherigen Fachkommissionen sollen durch breiter abgestützte, leichter zugängliche *Themenkommissionen* abgelöst werden. Der Austausch zwischen kommunaler, kantonaler und nationaler Politik soll verbessert werden. Neu sollen auch *Foren* eine zeitgemässe Form der Zusammenarbeit über verschiedene Ebenen ermöglichen und wie auch inhaltliche *Arbeitsgruppen* statutarisch festgehalten werden.

### Neue Formen politischer Arbeit

Die aktuellen Strukturen werden als nicht mehr zeitgemäss betrachtet und sollen durch neue demokratischere Formen der Mitwirkung und Mitarbeit ersetzt

werden. Die bisherige Delegiertenversammlung, die Geschäftsleitung und die Koordinationskonferenz würden in Zukunft wegfallen und stattdessen soll ein innerparteiliches Parlament, der Parteirat, ins Leben gerufen werden. Alle Kantonalparteien sollen in diesem Gremium vertreten sein und das Präsidium der Partei kontrollieren. Der *Parteirat* selbst soll über ein eigenes dreiköpfiges Präsidium verfügen. Unsere Vertretung soll der kantonalen Parteileitung angehören.

Der *Parteitag* auf nationaler Ebene soll gestärkt werden und an Bedeutung gewinnen. Es ist vorgesehen, dass er zweimal jährlich tagen soll. Alle zwei Jahre soll ein zweitägiger Parteitag stattfinden. Jede Sektion soll, abhängig von der jeweiligen Mitgliederzahl, Delegierte entsenden.

### Spannender Parteitag

Es gibt auch ernstzunehmende Einwände und Bedenken. Der Parteitag Ende August wird spannend. Bei allen statutarischen Debatten gilt dennoch: Eine Partei lebt nicht von ihren Statuten, sondern von uns, ihren Mitgliedern und unseren Werten.

## KOMMENTAR



## SP Migrant\*innen im Aargau

Etwa 25 Prozent der Aargauer Einwohner\*innen sind nicht Schweizer Bürger\*innen. Viele sind hier geboren oder leben bereits seit zwei, teilweise seit drei Generationen in der Schweiz. Wir leben und arbeiten alle hier gemeinsam im gleichen Kanton, in den gleichen Gemeinden, und obwohl das überwiegende Gros der «ausländischen» Mitbürger\*innen auf allen Ebenen ihren Beitrag zu unserem Gemeinwohl leistet, gibt es Unterschiede und grundlegende Benachteiligungen.

Als SP Migrant\*innen wollen wir Menschen mit einem Migrationshintergrund und ohne politische Mitbestimmungsrechte eine Stimme geben – in der SP, aber auch ausserhalb. Wir sind eine relativ junge und auch neue Unterorganisation der SP Aargau. Erwähnenswert ist sicherlich, dass wir kantonal betrachtet eine grössere Sektion mit mehr als 100 Mitgliedern stellen. Schweizweit sind wir inzwischen die drittgrösste Organisation der SP Migrant\*innen. Auffallend ist die ausgewogene Altersstruktur.

Dank der Vorarbeit unserer Gründer\*innen sind wir nun endlich so weit. Am ordentlichen Parteitag im Juni 2021 werden wir nun offiziell in die Statuten der Partei aufgenommen.

An unserer Mitgliederversammlung 2021 erfolgte eine Erneuerung unseres Vorstandes. Ihm gehören für die nächsten zwei Jahre an: Sinem Gökçen und Stefan Dietrich (Co-Präsidium), Daniel Drozdov, Leutrim Spahija, Sennur Sümer, Helena Santiago, Rafik Abdullah, Suat Karavus, Florim Kadriu und Haidari Zikrullah.

Inhaltlich und thematisch werden wir unsere nächsten Aktionen auf das Wahl- und Stimmrecht für Ausländer\*innen im Kanton Aargau konzentrieren.

Sinem Gökçen von Untersiggenthal und Stefan Dietrich von Bremgarten bilden das Co-Präsidium der SP Aargau Migrant\*innen.

## PRÄMIENVERBILLIGUNGEN 2022

# Bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat verweigert anständige Prämienverbilligung

**DIE SP AARGAU IST MIT DER UNGENÜGENDEN ERHÖHUNG DES KANTONALBEITRAGS AN DIE INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG (IPV) NICHT ZUFRIEDEN. DIE VOM GROSSEN RAT BESCHLOSSENEN 142,2 MILLIONEN FRANKEN REICHEN NICHT AUS, UM EINE WIRKSAME PRÄMIENVERBILLIGUNG AUCH FÜR DEN MITTLEREN MITTELSTAND SICHERZUSTELLEN. DIE SP AARGAU FORDERT DARUM EINE AUFSTOCKUNG DES KANTONALEN BEITRAGS UM 20 MILLIONEN FRANKEN AUF 162,2 MILLIONEN FRANKEN.**

Julia Hoppe  
von Herznach ist  
Politische Sekretärin  
der SP Aargau.



Das gesetzgeberische Ziel der Prämienverbilligung ist es, Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu entlasten und zu unterstützen. Explizit sollen Familien mit unteren und mittleren Einkommen entlastet werden. Es handelt sich nicht um ein Almosen des Staates oder um reine Armutsbekämpfung, erläuterte Grossrat Jürg Knuchel im Grossen Rat vom 9. Juni 2021. Viel mehr schaffe das Prinzip einen Ausgleich, um die für Reich und Arm gleich hohe Prämienbelastung wettzumachen: «Die Menschen in diesem Kanton haben ein Anrecht auf diese Entlastung», so Knuchel.

### Sozialpolitisch fragwürdig

Mit Erstaunen nimmt die SP Aargau die Selbstzufriedenheit des Departements für Gesundheit und Soziales zur Kenntnis, das sich selber gute Arbeit attestiert, dabei aber diverse Probleme und Defizite ausblendet. Beispielsweise liegen keine aktuellen Zahlen zu den Einkommensverhältnissen vor. Dies ist besonders stossend, da im letztjährigen Dekret drei von vier Haushaltstypen den rechtmässigen Anspruch klar verfehlten. Es stimmt bedenklich, dass ein Grossteil der Parlamentarier\*innen sich zu einer Hinnahme dieser Ungerechtigkeit verleiten lässt und soziale Missstände gutheisst und toleriert.

### Korrektur von Nöten

«Die Sparrunden der Jahre 2014 bis 2017 haben bei der Prämienverbilligung tiefe Wunden hinterlassen, die noch längst nicht korrigiert, geschweige denn verbessert sind», so Jürg Knuchel. Die Berechnungen im Dekret 2020 belegen klar einen Fehlbetrag von 19,4 Millionen Franken zur gesetzeskonformen Befriedigung aller Anspruchsgruppen. Die SP Aargau fordert aufgrund des Prämien- und Bevölkerungswachstums eine Erhöhung um 3,1 Prozent, was genau 20 Millionen Franken entspricht. Diese Erhöhung ist moderat und würde einen Kantonsanteil von 43 Prozent ausmachen. Damit stünde der Kanton Aargau im sozialpolitischen Mittelfeld aller Kantone.

«Das wollen und das müssen wir uns leisten können, wenn wir gleichzeitig über Steuererleichterungen wie die Senkung des Gewinnsteuertarifs für Unternehmen und die Erhöhung des Prämienabzugs diskutieren», so Jürg Knuchel.

**Das wollen und  
das müssen wir uns  
leisten können,  
wenn wir gleich-  
zeitig über Steuer-  
erleichterungen  
diskutieren.**

MUSIKFÖRDERUNG AUCH IN BERUFSFACHSCHULEN

# Gleiche Rechte für Berufsfach- wie für Gymnasial- schüler\*innen

AM 23. SEPTEMBER 2012 HABEN VOLK UND STÄNDE EINEN NEUEN VERFASSUNGSARTIKEL ZUR MUSIKALISCHEN BILDUNG ANGENOMMEN. DER NEUE ART. 67A DER BUNDESVERFASSUNG WILL DIE MUSIKALISCHE BILDUNG STÄRKEN. JUNGE MENSCHEN MIT BESONDERER MUSIKALISCHER BEGABUNG SOLLEN SPEZIELL GEFÖRDERT WERDEN. DAS MUSS AUCH FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER VON BERUFSFACHSCHULEN GELTEN.



Simona Brizzi  
von Ennetbaden ist  
SP-Grossrätin.

Im Kanton Aargau werden heute begabte Jugendliche in Mittelschulen im Bereich Instrumentalunterricht und Sologesang gefördert. An den Mittelschulen werden Gelder für die Begabtenförderung zur Verfügung gestellt, dies im Bereich der Spitzenförderung und einer viel grösseren Gruppe (von Anfänger\*innen bis zu leistungswilligen Jugendlichen) in der Breitenförderung.

Begabte und leistungswillige Jugendliche an Berufsfachschulen können nicht von der Begabtenförderung in der Musik profitieren. Zwei Drittel aller Jugendlichen im Aargau absolvieren eine Berufslehre. Die Berufsfachschule vermittelt Berufskunde und Allgemeinbildung. Einen obligatorischen Musikunterricht, ein Freifach Musik oder Instrumentalunterricht kommen im Gegensatz zu den Mittelschulen nicht vor.

Es gibt viele Jugendliche an Berufsfachschulen, die in einer Jugendmusik, in einem Ensemble, einem Orchester oder einer Band musizieren und zusätzlich Instrumentalstunden an einer Musikschule besuchen. Viele unter ihnen sind ebenfalls sehr begabt und leistungswillig. Im Gegensatz zu den Lernenden an Gymnasien, wo diese zusätzlichen Unterrichtseinheiten für die Lernenden und die Eltern gratis sind, bezahlen bei den Berufslernenden heute die Eltern diesen Unterricht zusätzlich, oder die Jugendlichen bezahlen die Instrumentalstunden mit ihrem Lehrlingslohn.

Diese ungleiche Behandlung von Lernenden an den Gymnasien im Vergleich mit den Berufslernenden ist sehr stossend. Es kommt einer Diskriminierung der Berufslehre gleich. Und Lernende an den Gymnasien stammen ohnehin häufiger aus finanziell besser gestellten Haushalten. Im neuen Verfassungsartikel zur musikalischen Bildung (Art. 67a Bundesverfassung) sollen junge Menschen mit besonderer musikalischer Begabung speziell gefördert werden. Dieser Grundsatz soll für alle gelten. Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind auch in diesem Bereich anzustreben.

Mit einer eingereichten Motion\* sollen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit alle musikalisch begabten und leistungswilligen Berufsschülerinnen und Berufsschüler nach den gleichen Kriterien und von einem vergleichbaren Förderangebot wie die Mittelschülerinnen und Mittelschüler profitieren können.

\* Motion 21.59 Simona Brizzi et al. vom 16. März 2021 betreffend Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Musikförderung begabter Jugendlicher an Berufsfachschulen im Kanton Aargau.

Jugendliche an Berufsfachschulen können nicht von der Begabtenförderung in der Musik profitieren. Mit einer eingereichten Motion soll das geändert werden.

## KOMMENTAR



SP 60+ AARGAU

### Das ehemalige «Anhängsel» wird zum offiziellen Organ der Kantonalpartei

Die Aufnahme der SP60+ Aargau als Untergruppe in den Statuten der Kantonalpartei ist für die nun seit gut zwei Jahren aktive Organisation mit Rechten und Pflichten verbunden. Wie die JUSO, die SP Frauen\* und die SP Migrant\*innen erhält die 60+ ein Antragsrecht am Parteitag sowie sechs Delegierte für den Parteitag, sie ist in der Präsidienkonferenz vertreten und verfügt über ein eigenes jährliches Budget für Kampagnen und Aktionen.

Damit geht die «Probezeit» der im Herbst 2018 offiziell gegründeten Gruppierung – Corona-bedingt später als ursprünglich geplant – zu Ende. In einer schriftlich durchgeführten Abstimmung haben sich 65 der total 190 Mitglieder beteiligt und den Antrag auf Aufnahme in den Statuten einstimmig gutgeheissen. Gut aufgenommen wurde der Antrag anschliessend auch in der Geschäftsleitung der Kantonalpartei, die in ihrem Papier an den Parteitag vom 19. Juni 2021 von einer «ernst zu nehmenden Gruppierung innerhalb der SP Aargau» spricht. Natürlich nicht zu Unrecht, denn die meisten Mitglieder gehören seit vielen Jahren der SP an und verfügen über eine breite politische Erfahrung. Diese werden sie künftig – aus Sicht der älteren Generation – in allen ihnen wichtigen Themen der aargauischen Politik einbringen. Stark aktiv ist die SP60+ Aargau zudem auf schweizerischer Ebene: In der Delegiertenversammlung der SPS-60+ stellt der Aargau zwei Delegierte, und zwei Aargauer Mitglieder gehören als Vertretungen von Arbeitsgruppen der Geschäftsleitung an.

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen war SP-Gemeinderätin und SP-Grossrätin. Sie ist Mitglied des Vorstands der SP60+ Aargau.

# Jagd auf die unsichtbaren Pädokriminellen

Carol Demarmels von Obersiggenthal/Kirchdorf ist SP-Grossrätin.



Vor kurzem postet eine Freundin auf Facebook einen Aufruf, unsere Kinder nicht öffentlich auf Social Media zu präsentieren. Zur Abschreckung hinterlegt mit einer Reportage. Darin zu sehen: das Bild einer Gruppe von Geräteturnerinnen im Primarschulalter. Geklaut durch zwielichtige Gestalten von der öffentlichen Website des Turnvereins, zur Verfügung gestellt im Darknet als verbales Freiwild für Pädokriminelle. Die Kommentare unter dem Bild der jungen Turnerinnen sind derart abstossend, dass ich sie hier nicht wiedergeben kann und lieber wieder aus meinem Gedächtnis löschen würde. Aber vor allem: Sie sind strafbar.

Im Darknet, aber auch in Messengerdiensten wie Telegram oder in einfachen geschlossenen Foren im Internet wimmelt es von entsprechenden Beispielen. Nicht immer handelt es sich dabei um eigentlich unauffällige Alltagsbilder. Millionen von Fotos und Filmen mit Abbildungen von Kin-

dern in Missbrauchssituationen sind nahezu frei abrufbar. Tausende Pädokriminelle geilen sich tagtäglich in der Schweiz daran auf – und kommen mehrheitlich ungestraft davon.

Oft erfolgt eine Meldung entsprechender Delikte durch internationale Stellen wie das «National Center for Missing and Exploited Children» (NCMEC). Im Jahr 2018 meldete die NCMEC dem Fedpol rund 9000 Verdachtsmeldungen wegen illegaler Kinderpornografie. Die Weiterverfolgung dieser Straftaten liegt in der Pflicht der Kantone. Auf Beginn des Jahres 2021 gibt Fedpol diese Aufgabe auch offiziell an die Kantone ab.

Aber wie gedenkt der Kanton Aargau diese schwierige Aufgabe wahrzunehmen? Welche Ressourcen und welches Know-how stehen aktuell und zukünftig zur Verfügung? Beteiligt sich der Kanton Aargau am Aufbau überkantonaler Stellen zur Bekämpfung von Pädokriminalität? Wie wird die im Jahresbericht erwähnte fehlende Sensibilisierung von Jugendlichen betreffend die Problematik in Angriff genommen? Und warum finde ich weder im Aufgaben- und Finanzplan des Kantons noch im Jahresbericht der Kantonspolizei entsprechende Informationen zu all dem? Auf diese und weitere Fragen hoffen wir schlüssige Antworten zu bekommen, mit einer durch Rolf Walsler, Luzia Capanni und mich eingereichten Interpellation.

## AGENDA

21. August, ab 15 Uhr, KiFF Aarau  
**SP-Fest 50 Jahre Frauenstimmrecht**  
Wir feiern und fordern: Mit Ansprachen, Musik und kulinarischen Leckerbissen.

1. September 2021, 19 – 20 Uhr  
**Ordentliche Bildungsreihe: Sicher und Selbstbewusst! Spontane Statements für Social Media vor der Kamera.**  
Online via Zoom. Mit: Cybel Dickson (SoMe Leiterin GRW 2020 SP AG) Zoom-Link auf Anfrage: sekretariat@sp-aargau.ch

7. September 2021, 19 – 21 Uhr  
**Ausserordentlicher Parteitag**  
Weitere Informationen folgen

## ABSTIMMUNGEN VOM 26. SEPTEMBER 2021 – PAROLEN DER SP AARGAU

### Parolen der SP Aargau (formell vorbehaltlich Parteitagsbeschluss)

#### Bund

- Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»: **Ja**
- Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle): **Ja**

### Parolen der SP Schweiz und der Geschäftsleitung der SP Aargau

#### Kanton

Ob auf kantonaler Ebene Vorlagen zur Abstimmung gelangen, ist noch nicht bekannt.

## Online-Diskussion mit unseren Nationalrät\*innen Ausblick auf die Herbstsession



6. September um 19:00 Uhr  
[www.sp-aargau.ch/live](http://www.sp-aargau.ch/live)

SP

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau  
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75  
sekretariat@sp-aargau.ch  
www.sp-aargau.ch  
Erscheint 6 Mal pro Jahr  
Auflage links.ag: 3255  
Redaktion: Katharina Kerr  
katkerr@katkerr.ch  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 11. Juni 2021  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 16. August 2021  
Erscheinen nächste Nummer: 30. August 2021

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Simona Brizzi, Carol Demarmels, Stefan Dietrich, Sinem Gökçen, Mia Gujer, Julia Hoppe, Katharina Kerr, Marie-Louise Nussbaumer, Gabriela Suter.